



## Pressemitteilung

22. November 2014

### „Alte Kohlekraftwerke endlich abschalten“

Initiative Atomausstieg fordert dringend Maßnahmen gegen den Klimawandel

GROSS-GERAU. „Wir brauchen einen Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie eine verbindliche Reduzierung des Verbrauchs von Strom, wie auch von Öl und Gas für Wärme und Verkehr, um unsere Klimaziele zu erreichen“, so lautete das Resümee der Initiative Atomausstieg Groß-Gerau bei ihrer letzten Sitzung. „Diese Forderungen müssen in den neuen Klimaaktionsplan einfließen, den die Bundesregierung am 3. Dezember vorlegt“. Die Initiative ruft die Bevölkerung auf, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks mit ihren Plänen zu unterstützen. Dazu hat sie entsprechende Hintergrundinformationen erarbeitet und auf ihrer Website ([www.atomausstieg-gg.de](http://www.atomausstieg-gg.de)) eingestellt.

Für die Initiative steht fest, dass neben den verheerenden Auswirkungen der atomaren Verstrahlung durch Kraftwerksunfälle und Atommüll auch dem Thema Treibhausgase und Klimawandel große Dringlichkeit gebührt. „Wir müssen die Bedrohung endlich ernst nehmen“, heißt es in der Pressemitteilung.

Das Umweltbundesamt hat zugegeben, dass der Vorsprung Deutschlands in Sachen Klimaschutz immer geringer wird. Anfang November kam auch vom UN-Weltklimarat IPCC der Weckruf zum sofortigen Handeln: Die Industrieländer müssen bis zum Jahr 2020 eine Reduktion von CO<sub>2</sub> von 25 bis 40 Prozent umsetzen. Deutschland hatte bereits 2007 eine Reduzierung von 40 Prozent bis 2020 unter dem damaligen Umweltminister Gabriel zugesagt, wie die Initiative herausfand. Die neue Umweltministerin Barbara Hendricks kam nun aber in einem Interview zu dem Schluss, dass in den letzten 15 Jahren die Anstrengungen zu gering gewesen seien. Seit 2012 steigen die in Deutschland ausgestoßenen Treibhausgase wieder an, so dass die Einsparziele Deutschlands bis 2020 mit großer Wahrscheinlichkeit verfehlt werden.

Hauptverursacher für die Zunahme an Kohlendioxid ist der Boom bei der Braunkohle-Verstromung. Kohlekraftwerke sind rentabel, weil die Folgekosten für die Umwelt nicht im Preis enthalten sind.

Dem wollte die EU bereits 2003 mit der Einführung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels begegnen. Da dieser aber nicht funktioniert, wurden statt der Dreckschleudern Kohlekraftwerke die flexiblen, umweltfreundlicheren aber etwas teureren Gaskraftwerke stillgelegt. Mit der Folge, dass Kohlestrom im Übermaß produziert und ins Ausland verkauft wird. „Die schmutzigsten Kraftwerke können sofort abgeschaltet werden; ein Blackout ist eine Mär“, schreibt die Initiative.

Auch der Energieverbrauch ist nicht gesunken. Einsparungen durch Effizienz auf der einen Seite werden durch Verschwendung in anderen Bereichen wieder aufgehoben. Die Befreiung der 1.500 energieintensivsten Unternehmen von der EEG-Umlage und weiteren Kosten trägt auch nicht eben zur Einsparung bei. Bindende Vorschriften sind deshalb endlich notwendig, fordert die Initiative Atomausstieg.

Die Umweltministerin hat nun für den Klimaaktionsplan, mit dem sie auch zur nächsten Konferenz in Lima fahren wird, ein Bündel an Gegenmaßnahmen angekündigt: Energieeffizienz soll ausgebaut und Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Die Ministerin schlägt vor, den Betreibern z.B.

Mindeststandards für die Wirkung vorzuschreiben. Werden diese nicht erfüllt, müssten sie vom Netz.

„Es ist notwendig, so die Initiative Atomausstieg abschließend, die Umweltministerin öffentlich zu unterstützen, damit sie eine Chance hat, sich gegen den Kohlefreund Gabriel durchzusetzen. Nur erneuerbare Energien produzieren Null-Emissionen an CO<sub>2</sub> und müssen weiter vorangebracht werden.“